

Straßenbeiträge erhitzen Gemüter

Helsaer Fraktionen und Gemeindeverwaltung kritisieren Infoveranstaltung

VON THERESA NOVAK

Helsa – Die von einer Bürgerinitiative organisierte Diskussionsveranstaltung zum Thema Straßenbeiträge in Helsa Ende Oktober hält immer noch nach. Jetzt haben sich Bürgermeister Andreas Schönemann (SPD) und alle Fraktionen im Gemeindeparkament zusammengeschlossen und üben Kritik am Ablauf. „Unwahre Behauptungen, die jeglicher Grundlage entbehren“, seien an dem Abend in den Raum gestellt worden. „In der Veranstaltung wurden einige Sachverhalte gar nicht oder nicht präzise genug dargestellt“, heißt es in einer Pressemitteilung.

Die Gemeindeverwaltung und die Fraktionen kritisie-

ren, dass eine „faktenbasierte Auseinandersetzung mit dem Thema an dem Abend nicht möglich gewesen sei, schon allein, weil die gewählten Vertreter nicht eingebunden waren, um Stellung zu beziehen“.

Die Vertreter der im Sommer gegründeten Bürgerinitiative „Straßenbeitragsfreies Helsa“ hatten Jürgen Spahl, Bürgermeister von Rednitzhembach (Bayern), eingeladen. Er sollte erklären, wie er es geschafft hat, seine gemeindlichen Straßen in Schuss zu halten und zu sanieren, ohne die Bürger mit Beiträgen zu belasten.

In Helsa hat das Parlament entschieden, wiederkehrende Straßenbeiträge zu erheben – das heißt, bei der

grundhaften Sanierung einer Straße werden die Kosten anteilig auf alle Anwohner innerhalb eines Abrechnungsgebietes aufgeteilt.



Andreas Schönemann
Bürgermeister von Helsa

Der Vortrag des Bürgermeisters aus Bayern und die Stellungnahmen der ebenfalls eingeladenen Vertreter des Verbandes Wohneigentum und der AG Straßenbeitragsfreies Hessen hatten für

einige wütende Bürger und später für einige wütende Gemeindevertreter gesorgt. Die Stimmung war angespannt.

Eine der am häufigsten gestellten Fragen an dem Abend war, warum andere Kommunen auf die Erhebung von Straßenbeiträgen verzichten können und Helsa nicht. „Viele Gemeinden sind finanzstärker als Helsa und haben daher die Möglichkeit, die Erneuerung von Straßen komplett über den Haushalt zu finanzieren“, erklärt Schönemann. Als Beispiel nennt er die Gemeinde Fuldabrück, die nach seiner Aussage im Jahr 2023 eine Gewerbesteuererinnahme von 6,5 Millionen Euro (pro Einwohner zirkula 726 Euro) erwartet, Helsa eine Million Euro (pro Ein-

wohner 173 Euro). „Wenn wir auf die Straßenbeiträge verzichten würden, müssen Sanierungen über die Grundsteuer B finanziert werden. Das heißt, sie würde steigen. Die Belastung würde also nur auf eine andere Art und Weise an die Bürger weitergegeben und zudem noch die Mieter miteinbeziehen.“

Um weiter im Austausch und der Diskussion zu bleiben, wollen sich Gemeindeverwaltung und die Vertreter der Bürgerinitiative demnächst treffen. „Eine Auseinandersetzung mit dem bedeutenden Thema Straßenbeiträge ist seitens des Gemeindevorstands und aller Fraktionen der Gemeindevertretung ausdrücklich gewünscht.“

FOTO: PRIVATPH